



Unvergessen: Verwandte und Kommilitonen erinnerten am Mittwoch vor dem Obersten Gerichtshof in Mexiko-Stadt an die 43 Verschwundenen von Ayotzinapa.

FOTO: AFP/ALFREDO ESTRELLA

■ NACHRICHTEN

Autobauer verklagen USA wegen Strafzöllen

New York. Die Autobauer Tesla, Mercedes-Benz, Ford und Volvo haben Klage gegen die Regierung in Washington wegen Strafzöllen auf chinesische Waren eingereicht. Sie fordern eine Aufhebung der Zölle auf importierte Teile aus China und eine Rückerstattung bereits gezahlter Abgaben samt Zinsen. Aus Sicht von Tesla sind die Zölle »willkürlich, launenhaft und ein Missbrauch der Ermessensfreiheit«. Die Klagen, die Mitte September beim US-Gericht für Internationalen Handel in New York eingegangen waren, richten sich gegen das Büro des US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer, der die Zölle im Rahmen des Handelsstreits zwischen den USA und China verhängt hatte. Die Mercedes-US-Tochter warf der US-Regierung vor, einen beispiellosen und »unbegrenzten Handelskrieg« zu verfolgen, der Importe im Wert von über 500 Milliarden Dollar aus China betreffe. Die Regierung habe nicht die Befugnis, einen solchen Handelskrieg »für wie lange und mit welchen Mitteln auch immer« zu führen. *AFP/nd* **Kommentar Seite 8**

Visegrád-Länder lehnen EU-Pläne für Asylreform ab

Brüssel. Mehrere Staaten der osteuropäischen Visegrád-Gruppe haben die Vorschläge der EU-Kommission für eine Asylreform zurückgewiesen. »Es gibt keinen Durchbruch«, sagte Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban am Donnerstag bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit den Regierungschefs aus Polen und Tschechien in Brüssel. Die Reformvorschläge beinhalten noch immer das Vorhaben, Flüchtlinge über Quoten in der EU zu verteilen, jedoch keine Pläne für Aufnahmelager außerhalb der Europäischen Union. Ähnlich äußerte sich Tschechiens Ministerpräsident Andrej Babis. Die EU müsse »Migration stoppen«, sagt er. Deshalb sei es notwendig, »Hotspots« außerhalb der Europäischen Union zu errichten und nicht Lager innerhalb. Die Gruppe der vier Visegrád-Staaten, zu der auch die Slowakei gehört, halte an ihrer Position fest, dass die EU-Migrationspolitik auf eine »rigorose und wirksame Grenzkontrollpolitik« sowie Hilfe für die Herkunftsländer setzen müsse, sagte Polens Regierungschef Mateusz Morawiecki. *AFP/nd*

PiS-Chef Kaczyński bald in Polens Regierung?

Warschau. In der polnischen Regierungskrise gibt es Bewegung. Der Chef der nationalkonservativen Regierungspartei PiS, Jarosław Kaczyński, könnte nach Angaben eines hochrangigen Parteimitglieds das Amt des Vizepremiers übernehmen. »Alles deutet darauf hin«, sagte PiS-Fraktionschef Ryszard Terlecki am Donnerstag. Die seit längerem geplante Kabinettsreform hatte zu Spannungen innerhalb des nationalkonservativen Regierungslagers in Warschau geführt. Diese waren am vergangenen Freitag offen zutage getreten. Mehrere Abgeordnete der Regierungsfraktion um Justizminister Zbigniew Ziobro hatten gegen ein Tierschutzgesetz gestimmt, das als persönliches Projekt von PiS-Chef Kaczyński galt. *dpa/nd*

■ WETTER

Tief Wicca und seine Ableger sorgen für einen Wetter- und Temperatursturz. Im südlichen und östlichen Mitteleuropa drohen unwetterartige Regenmengen mit Überschwemmungsgefahr. An den Alpen schneit es.

In Deutschland bringen viele Wolken teilweise Regen. Die Tiefsttemperaturen betragen 10 bis 6 Grad, die Höchstwerte 9 bis 17 Grad. Der Wind weht schwach bis mäßig aus Südwest.

Heute herrscht in Berlin-Brandenburg bei größtenteils bedecktem Himmel Regenwetter. Dabei betragen die Werte früh 11 Grad, am Tag werden 17 Grad erzielt. Der Wind weht schwach bis mäßig aus West. In der Nacht fallen die Temperaturen bis auf 9 Grad. Dazu ist es stark bewölkt. Am Sonnabend fällt aus einem trüben Himmel häufig Regen, die Temperaturen machen bei 12 Grad halt. Der Wind weht schwach bis mäßig aus Nordwest. *Qmet*

Das Ende der »historischen Wahrheit«

Die mexikanische Menschenrechtsverteidigerin María Luisa Aguilar Rodríguez über den Fall Ayotzinapa

43 Studenten aus Ayotzinapa verschwanden am 26. September 2014 im mexikanischen Bundesstaat Guerrero. Bisher kursierte die offizielle Version der Geschehnisse, wonach das lokale Drogenkartell »Guerreros Unidos« die 43 Lehramtsstudenten lebend auf einer Müllkippe verbrannt habe. Im Juli konnte in Kooperation mit dem auf die Auswertung von DNA-Spuren spezialisierten Team der Universität Innsbruck eindeutig festgestellt werden, dass ein im November 2019 im Bundesstaat Guerrero gefundenes Knochenstückchen von Christian Alfonso Rodríguez Telumbre stammt, einem der 43 verschwundenen Studenten. Was bedeutet diese Entdeckung für die Ermittlungen? Das ist ein großer Schritt – zum einen weil dies eine Zusammenarbeit der Kommission für die Wahrheit (ins Leben gerufen vom jetzigen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador, um den Fall aufzuklären, Anm. d. Red.), der Familien und der Staatsanwaltschaft war; zum anderen weil es neue Spuren in der Ermittlung eröffnet. Bis dato hatten wir keine Identifizierung eines Studenten außerhalb der Erzählung der »historischen Wahrheit« von Enrique Peña Nietos Regierung (Präsident von 2012 bis 2018, Anm. d. Red.), laut der alle Studenten von der örtlichen Polizei verschleppt und einer Verbrecherbande übergeben wurden, die sie noch in derselben Nacht ermordeten, die Leichen verbrannten und die Reste in einen Fluss warfen. Deswegen ist der Fund so

wichtig, weil er nicht ins Szenarium passt (die Knochenreste wurden in einer Schlucht 800 Meter vom Fluss entfernt gefunden, Anm. d. Red.) und deutlich zeigt, dass es die Absicht der vorherigen Regierung war, den Fall auf eigene Weise zu interpretieren.

Was für ein Ziel verfolgte die Regierung damit? Die »historische Wahrheit« präsentierte man am 27. Oktober 2014, also nur einen Monat nach den Ereignissen. Das war eindeutig eine Entscheidung von ganz hoher Ebene der Regierung, die den Fall abhaken wollte. Es ist außerdem eine Form zu verschleiern, was in Iguala passierte. In jener Nacht waren mindestens noch die Staatspolizei und die Bundespolizei anwesend, auch die Armee befand sich in der Gegend. Die »historische Wahrheit« behauptet, es sei nur die lokale Polizei, die mit dem organisierten Verbrechen zu tun habe. Dabei gibt es in vielen Gegenden Mexikos Netze der Makrocriminalität, bei denen es unmöglich ist auszumachen, was das organisierte Verbrechen, was der Staat ist. Die Diaspora ist Teil dieser Struktur.

Wie geht es jetzt weiter? Die Familien haben zwei Prioritäten: zum einen, dass die Staatsanwaltschaft Anklagen gegen die Täter erhebt und diese auch hiebt und stichfest sind. Bis heute gibt es viele – gerade aus dem Staatsapparat –, gegen die noch nicht gerichtlich vorgegangen wurde. Das ist vor allem auch wichtig, weil es sich

um Menschen handelt, die über Informationen verfügen könnten. Die andere Priorität besteht darin, mehr über die manipulierten Ermittlungen zu erfahren – warum es so viele Unregelmäßigkeiten und Lügen gab –, und jene, die an dieser Inszenierung beteiligt waren, anzuklagen. Auch die Festnahme von Tomás Zerón wäre wichtig, der diese Ermitt-



FOTO: IBEROXX

María Luisa Aguilar Rodríguez

Die Anwältin arbeitet in Mexiko-Stadt bei der Menschenrechtsorganisation Centro Prodh. Sechs Jahre sind vergangen, seit 43 Studenten aus Ayotzinapa, Mexiko verschleppt und mutmaßlich ermordet wurden. Über den bis heute nicht aufgeklärten Fall sprach mit María Luisa Aguilar Rodríguez für »nd« Isabella Caldart.

lungen leitete (und 2014 die »historische Wahrheit« deklarierte; er befindet sich auf der Flucht, Anm. d. Red.).

Man kann also von zwei Ermittlungen sprechen.

Ganz genau. Und beide sind gleich relevant, nicht weil es nicht wichtig ist, zu erfahren, was in jener Nacht geschehen ist, sondern weil das, was danach kam, Teil des Prozesses all jener Behinderungen ist, denen die Familien ausgesetzt waren.

Warum war es ausgerechnet dieser Fall, der das ganze Land so bewegt hat?

Ayotzinapa ist weder mehr noch weniger relevant als jeglicher Schmerz, den die Familien der 73 000 Verschwundenen fühlen. Die Familien sind sehr vereint, was in einer Tragödie wie der diesen nicht einfach ist, und verwandeln ihren Schmerz in Kraft, um den vielen Lügen seitens des Staats die Stirn zu bieten. Ayotzinapa kann auch ein Beispiel dafür sein, dass man die Sachen in Mexiko richtig macht, gerade hier, wo wir sonst keinen Fortschritt sehen. Dass es eine Ermittlung mit Expertenteam gibt, mit unabhängigen Gutachtern ist ein Beweis dafür, dass Mexiko internationale Unterstützung und somit eine viel größere Öffnung braucht, aber dass es möglich ist, genau dies zu tun, nicht nur für die Familien der 43, sondern für viele andere: dass eine Art Muster erzeugt werden könnte, das den Familien, die nach ihren Vermissten suchen, eine Antwort gibt.

Joshua Wong gegen Kautions wieder frei

Hongkonger wegen Teilnahme an Demonstration festgenommen

Hongkong. Nach seiner Festnahme ist der Hongkonger Demokratie-Aktivist Joshua Wong gegen Kautions wieder freigelassen worden. Vor Journalisten sagte der 23-Jährige am Donnerstag: »Egal was passiert – ich werde auch künftig Widerstand leisten und hoffe, dass die Welt weiß, dass die Hongkonger beschlossen haben, nicht aufzugeben.« Seinem Anwalt zufolge war Wong wegen seiner Teilnahme an einer »illegalen« Demonstration festgenommen worden. Ein Ende Juni von China verabschiedetes sogenanntes Sicherheitsgesetz erlaubt den Behörden ein hartes Vorgehen gegen alle Aktivitäten in Hongkong, die nach ihrer Auffassung die nationale Sicherheit bedrohen.

Wongs Anwalt sagte, Wong sei festgenommen worden, nachdem er sich im Zusammenhang mit einem anderen gegen ihn laufenden Strafverfahren zu einer Polizeistation begeben hatte. Ihm drohe nun eine weitere Anklage wegen Teilnahme an einer Demonstration im Oktober 2019, die sich gegen ein von Hongkongs Regierung verhängtes Verbot von Gesichtsmasken gerichtet hatte. Die Behörden hatten das Maskenverbot als Reaktion auf die monatelangen prodemokratischen Massenproteste erlassen. Inzwischen hat ein Gericht das Maskenverbot gekippt. *AFP/nd*

Zurück zur präsidentialen Allmacht

Verfassungsergänzung in Sri Lanka soll 2015 abgeschaffte Präsidialherrschaft zurückbringen

Die Rajapaksa-Brüder nähern sich ihrem Ziel, Sri Lankas politisches System nach ihrem Gusto umzubauen und dem Präsidenten völlige Immunität zukommen zu lassen.

THOMAS BERGER

Nur noch wenige Tage oder bestenfalls Wochen, dann ist die Demokratische Sozialistische Republik von Sri Lanka, wie der südasiatische Inselstaat mit offizieller Bezeichnung heißt, der Regierungsform nach wieder eine präsidentiale Demokratie. Am Dienstag ging die erste Lesung zum Gesetzentwurf über die Bühne, der Rest ist Formsache. Mit der 20. Verfassungsergänzung würde jener Rahmen wiederhergestellt, der bis Anfang 2015 galt.

Damals wollte sich Mahinda Rajapaksa als beinahe allmächtiger Präsident gerade mittels Wahl eine dritte Amtszeit sichern. Doch am Ende lief es etwas anders als geplant: Eine knappe Mehrheit votierte auf Drängen einer geeinten Oppositionsfront für seinen Herausforderer Maithripala Sirisena, der noch wenige Monate zuvor dessen Gesundheitsminister war. Sirisenas folgende Regentschaft ist zwar rückblickend kaum als glanzvoll zu bezeichnen, sind sich Bürger wie Beobachter weitgehend einig. Allerdings kam er einem zentralen Versprechen nach: Die 19. Verfas-

sungsergänzung schränkte die Macht des Staatsoberhauptes in wichtigen Punkten wieder ein. Fortan begegneten sich Präsident und Premierminister in der Wertigkeit eher auf Augenhöhe – was aber realpolitisch zum Problem werden sollte, als sich das Verhältnis zwischen Sirisena und seinem damaligen Regierungschef zusehends abkühlte.

Der starke Mann heißt inzwischen wieder Rajapaksa, jedoch Gotabaya mit Vornamen, und ist der Bruder von Mahinda. Im November 2019 hatte er, der schon unter Mahinda als Verteidigungsminister diente, mit klarer Mehrheit die Präsidentschaftswahlen gewonnen. Seiner Anhängerschaft hatte er versprochen, im politischen System den Status quo ante wiederherzustellen. Mit seinem Bruder Mahinda hat er als Premierminister jemanden an der Spitze des Kabinetts, dem er maximal vertrauen kann – keine Verbindung ist enger als die mittels Blutsbanden. Gemeinsam haben sie jetzt jenes Gesetz auf den parlamentarischen Weg gebracht, das dem Präsidentenamt unter Sirisena verloren gegangene Vollmachten zurückgeben würde. Ziel ist es unter anderem, den 19. Verfassungszusatz zu widerrufen, der jedem Bürger das Recht gibt, das Staatsoberhaupt wegen grober Verfehlungen vor Gericht zu bringen – der Präsident würde völlige Immunität genießen. Zudem könnte

er künftig weitgehend ungehindert die Besetzung unabhängiger Kommissionen vornehmen. Derzeit ist dies noch einem Verfassungsrat vorbehalten, der wiederum gewisser parlamentarischer Kontrolle unterliegt.

Es gibt kaum Zweifel, dass der Vorstoß die notwendige Zweidrittelmehrheit im 225-köpfigen Parlament erhalten wird. Die Regierungspartei Sri Lanka Podujana Peramuna (SLPP) hat sich bei der Wahl am 5. August 145 eigene Mandate sichern können, kann sich zudem auf sechs verbündete Abgeordnete verlassen. Von einem »schwarzen Tag für die Demokratie« sprach bereits Oppositionsführer Sajith Premadasa von der Samagi Jana Balawegaya (SJB), der als Herausforderer Gotabayas bei der Präsidentschaftswahl unterlegen war. Selbst im Bündnis mit allen anderen oppositionellen Kräften, vor allem den Tamilen-Parteien, fehlt der SJB die Stärke, den Beschluss zu verhindern. Die letzte Hoffnung liegt jetzt auf dem Obersten Richter: Vor dem Supreme Court wurde am Dienstag Klage eingereicht. Binnen drei Wochen muss das Gericht urteilen, ob der 20. Zusatz ganz oder in Teilen verfassungswidrig ist. Besorgt zeigte sich auch Michelle Bachelet, UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, die insbesondere befürchtet, das bisher unabhängige Gremien unter Präsidentialkontrolle fallen werden.